



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/277 - 4. Dezember 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Telegraphischer 21831 - 23

Telefaxnummer 0266690

Einweisung  
auf den Inhalt:

Vorsichtiger Stevenson	S. 1
Zur Sitzung des Auswärtigen und des Verteidigungsausschusses	S. 2
Die Internationale der Wissenschaftler	S. 4
Schleppende Wiedergutmachung	S. 6
Friedrich Stampfer: Aus "Erfahrungen und Erkenntnisse"	S. 7

## Vorsichtiger Stevenson

sp - Adlai Stevenson, demokratischer Gegenkandidat des republikanischen Präsidenten Eisenhower, der in seiner Eigenschaft als Oppositionsführer vor kurzem in das Außenministerium berufen wurde, um gemeinsam mit der Regierung ausserpolitische Entscheidungen vorzubereiten, hat dankend abgelehnt, an der NATO-Konferenz in Paris teilzunehmen. Stevenson erklärte, er könne keine Verantwortung für Beschlüsse übernehmen, an deren Entwicklung er nicht mitgearbeitet habe. Erläuternd fügte er hinzu, er würde seine politischen Freunde täuschen, wenn er sich so verhalte, als sei er in allen Punkten mit der Politik Eisenhowers und Dulles' einverstanden.

Das ist ein harter Schlag für Eisenhower und seinen Außenminister. Vor wenigen Tagen sah es noch so aus, als sei es den Strategen vom State Department gelungen, dem demokratischen Gegenspieler des Präsidenten vor oder hinter dessen politischen Wagen zu spannen. Stevenson spielt seine Beraterrolle weiter, er will sich aber nicht mit einer Politik identifizieren, die er und seine Freunde für falsch halten.

Stevenson korrigiert durch sein Verhalten und seine Entscheidung im Hinblick auf die Pariser NATO-Konferenz alle Stimmungsmacher, die da glauben, dass man mit einem Händedruck oder einigen freundlichen Unterhaltungen grundlegende politische Meinungsverschiedenheiten so ohne weiteres aus der Welt schaffen kann. Es ist verständlich, dass sich ein Regierungschef in kritischen Situationen und besonders vor bedeutsamen Entscheidungen der Zustimmung auch des politischen Gegners versichern möchte. Wenn aber dieses Bemühen erst in dem Augenblick sichtbar wird, da die Entscheidungen bereits auf der Grundlage einer jahrelangen, falschen Politik herangereift sind, muss von dem Umworbenen ein offenes Wort gesprochen werden.

Stevenson hat die Tür nicht ganz zugeschlagen. Vielleicht kommt er doch nach Paris, aber nur "wenn ausserordentliche Umstände" es erfordern. Seine vorläufige Absage hat der Welt jedoch deutlich gemacht, dass er nicht die Verantwortung für eine Politik übernehmen will, für die andere verantwortlich zeichnen müssen. + + + -2-

Alte aussenpolitische Starrheit

FB. Am Dienstag um 19<sup>55</sup> Uhr war die gemeinsame Sitzung beendet, die der Auswärtige und der Verteidigungsausschuss des Bundestages gemäss einem sozialdemokratischen Antrag abgehalten <sup>hatten,</sup> um von der Bundesregierung Auskunft über ihre Vorbereitungen zur Pariser NATO-Konferenz und zum London-Besuch des Bundesausserministers zu erhalten. Zu Beginn der Sitzung war Vertraulichkeit beschlossen worden. Um 20<sup>05</sup> Uhr, also 10 Minuten nach der Sitzung, jedoch konnte man bereits erfahren, dass von offizieller Stelle der CDU/CSU-Fraktion detaillierte Mitteilungen über den Gang der Verhandlungen im Ausschuss vorbereitet worden sind.

Dieses Problem wird in einer der nächsten Ausschusssitzungen noch ein Nachspiel haben, denn es ist einigermassen sinnlos, wenn Vertraulichkeit beschlossen wird, die eine Seite sich strikt daran hält, die andere aber mit bewusster Tendenz Informationen über den Gang der Verhandlungen lanciert.

Die Sozialdemokraten haben gestern nach der Sitzung lediglich erklärt, dass sie vor ihrem politischen Inhalt nicht befriedigt sein können und dass sie vor allem tief darüber enttäuscht sind, dass die Bundesregierung sich gegenüber allen Anregungen von deutscher und internationaler Seite verschlossen zeigt, die darauf hinauslaufen, zu einer Entspannung der internationalen Lage zu kommen.

Das gilt vor allem für die Schaffung einer atomwaffenfreier Zone in Mitteleuropa. Der Tatbestand kann hier in aller Öffentlichkeit erwähnt werden, nachdem auch das zu den gestrigen CDU-Indiskretionen gehört. In der Tat hat der Ausserminister diese sozialdemokratische Forderung abgelehnt, zum Teil mit geradezu konströsen Argumenten. Es tauchte immer wieder das Argument auf, dass auch eine atomwaffenfreie Zone nicht davor schützt, dass ein Gegner, der über Atomwaffen verfügt, auch diese Zone in den Atomkrieg einbezieht. So weit klingt das Argument "logisch", aber es ist militärisch nicht stichhaltig und geradezu apolitisch. Militärisch zieht es nicht, denn selbst wenn in der Bundesrepublik Atomwaffen stehen sollten, wird das einen Gegner.

nicht daran hindern, dieses Gebiet mit Atomwaffen zu belegen; im Gegenteil, es wird sein erstes Bestreben sein, die Atom- und Raketenbasen in der Bundesrepublik auszuschalten. Eine atomare Bewaffnung unseres Gebietes bedeutet also keinen zusätzlichen Schutz, sondern eine erhöhte Gefahr!

Noch schlimmer in der gegenwärtigen Lage aber ist es, dass man die politische Bedeutung eines atomwaffenfreien Raumes verkennt. Ggesetzt den Fall, es käme zu einer Vereinbarung etwa entsprechend des Vorschlages des polnischen Außenministers Rapacki, beide Teile Deutschlands, Polen und die Tschechoslowakei von Atomwaffen freizuhalten und man fände eine Einigung über ein Kontrollsystem, so würde den Bemühungen um die Abrüstung ein unschätzbare Dienst geleistet werden; die daraus resultierende Entspannung würde es sicherlich auch wieder zulassen, mit mehr Aussicht auf Erfolg als bisher politische Probleme in diesem Gebiet zu diskutieren.

Niemand von der Sozialdemokratie behauptet, dass mit mathematischer Sicherheit Verhandlungen über den polnischen Vorschlag Erfolg haben werden. Das Bedrückende vielmehr ist die Sturheit, mit der die Bundesregierung Verhandlungen überhaupt ablehnt, ohne die Erfolgsmöglichkeiten zunächst einmal auszuloten.

In der Ausschusssitzung - wieder nach einer CDU/CSU-Indiskretion - hat auch die sozialdemokratische Forderung der jüngsten Zeit, die Atom-mächte zu einer Gipfelkonferenz zu veranlassen, ohne dass andere Nationen am Verhandlungstisch oder im Wege stehen, kein Echo gefunden. Als der Leiter des Presse- und Informationsamtes, von Eckardt, am Anfang dieser Woche sich gegenüber solchen Möglichkeiten nicht ganz verschlossen zeigte, war auf sozialdemokratischer Seite sofort die Skepsis vorhanden, dass von Eckardt entweder die Politik der Bundesregierung nicht kannte, oder nur aus taktischen Gründen Geschmeidigkeit erkennen liess. Die gestrige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses hat bewiesen, dass die Regierung nicht daran denkt, auf diesen Vorschlag einzugehen, der zur Zeit in der ganzen Welt immer mehr Befürworter findet.

Die Sozialdemokraten sprechen also mit Recht davon, dass die gestrige Sitzung unbefriedigend verlief.

## Die moralische Gegenbombe

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Es handelt sich bei der Internationale der Wissenschaftler um keine organisatorische Neugründung. Obwohl der Gedanke nahe liegt, dass die namhaften Vertreter dieser sozialen Schicht, die durch die stürmische Entwicklung der modernen Wissenschaft und Technik geradezu die Geschicke der führenden Länder der Welt mitbestimmen, auch in organisierter Form ständige Verbindung und Meinungsaustausch suchen. In etwa sind tatsächlich die laufenden wissenschaftlichen Kongresse und noch mehr die grosszügige Zusammenfassung der wissenschaftlichen Leistungen im gemeinsamen Rahmen des "geophysikalischen" Jahres bereits eine organisierte Form der wissenschaftlichen Zusammenarbeit. Doch diese internationale organisierte Zusammenarbeit der Wissenschaftler ist nicht identisch mit einer internationalen Organisation. So ist die Internationale der Wissenschaftler, die organisatorisch nicht recht fassbar ist, heute um so realer eine weltumfassende Verbindung freier Geister und führender Köpfe. Dem eigenen Gewissen folgend, werden die zu sozialer Verantwortung sich durchringenden Wissenschaftler zu Wählern und Sprechern des Gewissens der Menschheit. Der Appell Albert Einsteins gegen den Wahnsinn des atomaren Rüstens auf gegenseitige Vernichtung, die Haltung Robert Oppenheims, der Ruf Bertrand Russells und Albert Schweitzers, der Aufruf der achtzehn deutschen Gelehrten, erweisen sich als die grosse moralische Gegen-Bombe. In der Welt der Wissenschaftler hat eine Kettenreaktion von grosser moralischer und ethischer Kraft begonnen.

### Wissenschaft muss frei sein

Als unsere Welt in Gefahr stand, in der Nacht der Hitlerbarbarei zu versinken, da setzten die grössten Wissenschaftler Europas ihren Geist und ihre Tatkraft ein und aus allen Ländern fanden sie sich zu einer gemeinsamen grossen Abwehrarbeit zusammen, die der Menschheit dienen sollte. Dieselben Männer wandten sich dann aber als erste gegen die Begründung der Atomenergie als Monopol und gegen die Monopolisierung der atomischen Energie als zerstörende und nicht als schöpferische Kraft. Doch die neue Energiequelle, die die Wissenschaftler freigesetzt hatten, diente vorerst ausschliesslich der Schaffung immer neuer und noch "vollkommenerer" Vernichtungswaffen. Die Opposition der Wissenschaftler schien das einzige Ergebnis zu haben, dass - in einem meisterhaften Zusammenspiel der Mac Carthys und Stalins - überall der geistige Terror sich ungeniert etablierte. Es erwies sich aber dieses Rezept schliesslich als der Einfall eines Schwachsinnigen und als die schädliche Haltung eines ebenso reaktionären Despoten, und in beiden Fällen ist die retardierende Wirkung auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Leistung, wenn auch zeitlich verschieden, unverkennbar. Als der alte Despot tot war, haben die sowjetrussischen Wissenschaftler als erste von der gewissen Auflockerung profitiert und den Weg zur Aussenwelt gesucht. Es bedurfte erst des Aufstiegs der russischen planetarischen Rakete, damit die USA sich darauf besinnen, dass es eine Lebensfrage ist, sich restlos vom Mac Carthysmus zu befreien und so wieder zur Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlern ausserhalb Amerikas zu gelangen.

### Sprengung nationaler Grenzen

Die Wissenschaft von heute ist alles andere als abstrakt und sie kann darum unmöglich sich in geistiger und sozialer Isolierung entwickeln. Sie braucht für ihre Vervollkommnung den Nährboden der Freiheit. Der moderne Forscher empfängt aus der schöpferischen Arbeit und durch die Grösse der neuen wissenschaftlichen Fragestellungen gleichzeitig den Impuls, ein Humanist zu sein. Er gelangt so dazu, immer mehr eine Parallelität des wissenschaftlichen Denkens und der verantwortlichen sozialen

Haltung zu entwickeln, Ihrem Wesen nach sprengt die moderne Wissenschaft die nationalen Grenzen, die nationale Abriegelung, und der zeitgenössische Wissenschaftler wird schliesslich so zum Gegner und Feind derer, die im wissenschaftlichen Fortschritt und in der Leistung des Forschers in erster Linie eine erweiterte Machtbasis für eine chauvinistische und imperialistische Politik sehen. Noch hat vielleicht der sowjetrussische Wissenschaftler sich noch nicht bis zur letzten Konsequenz dieser Haltung durchgerungen. Noch kann er vor allen Dingen nicht offen sprechen.

An seiner Stelle gewissermassen ergreifen nur die polnischen Wissenschaftler und die Sprecher der polnischen Öffentlichkeit in dieser Sache das Wort. Das besondere an dieser Stellungnahme besteht darin, dass die führenden polnischen Wissenschaftler und Publizisten hartnäckig unterstreichen, die sowjetrussische Leistung auf dem Gebiet des Raketenbaus und der interkontinentalen gelenkten Geschosse sei keine Erscheinung einer allein stehenden Entwicklung, die ausschliesslich den Hirnen der noch entwickelten sowjetrussischen Wissenschaftler zu verdanken sei, sondern ein Resultat der vorangegangenen gesamten wissenschaftlichen Arbeit und eine Fortsetzung der wissenschaftlichen Leistungen ausserhalb Russlands. Diese Stellungnahme steht im schärfsten Widerspruch zu der offiziellen sowjetrussischen Propaganda in Sachen des "künstlichen Satelliten"; die einen durchaus russisch-chauvinistischen Charakter trägt.

#### Internationaler Charakter

In der führenden Warschauer Wochenzeitung "Politika", die als Leib-Organ der Gomulka-Gruppe betrachtet wird, heisst es z.B. sehr deutlich: "Die sowjetrussische Wissenschaft nimmt jetzt in der Welt den ersten Platz ein, besonders in den allerneuesten wissenschaftlichen Zweigen... Dieser Erfolg wäre unmöglich gewesen ohne die theoretische Arbeit, die früher bereits durch solche Forscher wie Albert Einstein, Niels Bohr und andere geleistet wurde - durch Deutsche, Juden, Dänen und amerikanische Bürger". Der führende polnische Physiker Prof. Leopold Infeld, Vorsitzender des polnischen staatlichen Ausschusses für Atomenergie, ist in einem Interview mit der Wochenzeitung "Przeglad Kulturalny" noch viel weiter gegangen. Prof. Infeld, eine Autorität auf dem Gebiete der Einstein'schen Relativitätstheorie, war während einer langen Zeit ein naher Mitarbeiter Albert Einsteins an der amerikanischen Princetown-Universität und hat mit Einstein zusammen im Jahre 1938 ein Werk herausgegeben, das den Titel trägt "Die Entwicklung der Physik". Er beginnt seine Erklärung mit der Feststellung, dass noch zu Zeiten Newtons bereits genaue Berechnungen existierten über die Möglichkeit, einen "künstlichen Mond" zu schaffen. Den Abschluss des künstlichen Satelliten betrachtet Prof. Infeld als ein Ereignis, das nur verglichen werden kann mit der Explosion "der ersten Atombombe". Er unterstreicht aber, dass dieser Erfolg nur erreicht wurde dank der vorangegangenen Leistungen solcher Wissenschaftler wie Einstein und Rutherford und er warnt: "Man muss daran denken, dass die Wissenschaft einen internationalen Charakter hat und dass ihre Leistungen und der Wettbewerb zwischen den Wissenschaftlern keinen chauvinistischen Zielen dienen darf. Die Wissenschaft ist unteilbar. Es wäre zu wünschen, dass die amerikanischen Wissenschaftler mit den sowjetrussischen Gelehrten zusammenarbeiten könnten, um gemeinsam die weitere Entwicklung des interplanetarischen Verkehrs voran zu treiben. Damit würde eine Lage vermieden werden, in der die Leistungen der Wissenschaftler verwandelt werden in politische Argumente".

#### Vom Leben widerlegt

Die geistige Solidarität der Wissenschaftler hatte sich bereits gegen den Menschenfeind Hitler ausgewirkt. Unter anderem auch, weil führende deutsche Wissenschaftler aus humanistischer Verantwortung in Deutschland selbst verhinderten, dass die von Hitler und Göbbels erhofften "Wunder-

waffen" rechtzeitig fertig gestellt würden. Der Mac Carthysmus geht heute zu Ende, weil mutige Männer gestern sich ihm widersetzen und weil er schliesslich durch das Leben widerlegt wurde. Sollte die Stalin'sche Fessel, die zeitweilig in den letzten Jahren gemildert wurde, von dem neuen russischen Präsidenten auf die Alleinherrschaft wieder neu angezogen werden - um so den augenblicklichen wissenschaftlichen Vorsprung besser zu halten und zu befestigen - dann wird auch Chruschtschow mit Sicherheit umso schneller die aktive Solidarität aller Wissenschaftler gegen sich hervorrufen.

+ + +

### Ein bitteres Wort zur Wiedergutmachung

sp - Der "Zentralrat der Juden in Deutschland" hat auf seiner Tagung in Düsseldorf ein bitteres Wort ausgesprochen. Das von allen Parteien im Bundestag gebilligte Wiedergutmachungsgesetz sei zwar gut und ausreichend, werde aber nur schleppend durchgeführt. Die Länder und Instanzen legten das Gesetz verschieden aus und mitunter sei sogar bei den nachgeordneten Instanzen eine "Versteifung in der Durchführung" festzustellen. Es komme vor, dass nach Deutschland zurückgekehrte Juden sterben, bevor sie in den Genuss der ihnen rechtmässig zustehenden Wiedergutmachung gelangen.

Wenn man bedenkt, was Hitler-Deutschland den Juden angetan hat, kann man das bittere Gefühl verstehen, das jetzt bei jenen ihrer Glaubensgenossen herrscht, die erleben müssen, dass hohe Pensionen an ehemalige Würdenträger des Diktators gezahlt werden, die Wiedergutmachung an den Geschädigten und Opfern des Hitler-Regimes jedoch schleppend durchgeführt wird. Es sind nicht viele, die in jener furchtbaren Zeit des braunen Terrors ihr Leben retten konnten. Die meisten von ihnen wurden ermordet, einige konnten auswandern. Von etwa 560 000 deutschen Juden leben 30 000 wieder in Deutschland; etwa 2 000 sind im vergangenen Jahr aus dem Ausland zurückgekehrt, wohin sie sich retten konnten.

Musste es so weit kommen, dass der Zentralrat der Juden in Deutschland erneut die Aufmerksamkeit der deutschen und internationalen Öffentlichkeit auf das Problem der Wiedergutmachung an unseren jüdischen Mitbürgern lenkt? War den Behörden nicht bekannt, was jetzt in Düsseldorf mit dem Ton der Bitternis vorgetragen wurde?

Die Worte an unseren jüdischen Mitbürgern können nicht wieder gutgemacht werden. Die Verpflichtung aber, den Überlebenden des Hitler-Terrors beim Aufbau einer neuen Existenz in der alten Heimat zu helfen, nimmt uns niemand ab.

+ + +

## Die Nacht des Reichstagsbrandes

Von Friedrich Stampfer

Friedrich Stampfer ist nicht mehr. Seine Freunde werden ihm am Freitag dieser Woche in Kronberg / Taunus das letzte Geleit geben. Uns bleibt die Erinnerung an einen grossen Menschen und Journalisten, der immer aus dem eigenen Erleben Tatsachen und Zusammenhänge schilderte. Eindringlich ist seine Sprache, meisterhaft die Darstellung dramatischer Situationen. Stampfers umfassender politischer Blick entwarf das Bild des Zeitgeschehens immer so, dass der Lesende selbst zum Erlebenden wurde. Wir veröffentlichen aus Stampfers Buch "Erfahrungen und Erkenntnisse" das Kapitel "Die Nacht des Reichstagsbrandes". - Die Redaktion

Zum 27. Februar 1933 hatte die Berliner Partei eine Gedenkfeier zum 50. Jahrestag des Todes von Karl Marx angekündigt. Arthur Crispian sollte sprechen, doch die Hitlerregierung verhängte über ihn Redeverbot. Um die Feier zu retten, sprang ich ein. Es war für mich eine etwas heikle Aufgabe, da mich die orthodoxen Marxisten in der Partei niemals als einen der Ihren angesehen hatten. Nun aber ging es nicht um Theorien, sondern um politische Entscheidungen.

Der Sportpalast war überfüllt. Kampfstimmung lag über den Massen. Ich begann, indem ich den Unterschied zwischen einem Marxisten und einem Antimarxisten erklärte. Um das erste zu sein, müsse man ungeheuer viel, um das zweite zu sein, aber überhaupt nichts wissen. Die Heiterkeit, die diese Bemerkung hervorrief, durchschnitt die Kommandostimme des Überwachenden: "Die Versammlung ist aufgelöst!" Ein Wutausbruch der Massen folgte dieser Herausforderung. Ich musste mit den Ordnern eine Kette bilden, um den Beamten zu schützen. Wie ein Sprechchor tönte es durch die weite Halle: "Nieder mit Hitler! Schlagt ihn tot, den Hund!" Auf der Strasse, in den Untergrundbahnhöfen, in denen sich die Abrückenden stauten, pflanzte sich der Ruf fort: "Nieder mit Hitler!"

Zurück in die Redaktion. Kurze Besprechung mit den Kollegen. Beschluss: Was zehntausend nicht hören durften, sollen hunderttausend lesen. Die Rede kommt morgen in den "Vorwärts". Ich war dabei, den Text für den Druck fertig zu machen, als mein Kollege Franz Klühs in mein Zimmer trat. "Der Reichstag brennt", sagte er. "Unsinn!" sagte ich. "Der Steinkasten kann gar nicht brennen. Aber vielleicht brennt es im Reichstag". - "Kommen Sie! Schen Sie selbst!"

Vom Setzersaal aus kletterten wir über eine Leiter auf das Dach. Aus der Kuppel des Reichstages schlugen helle Flammen.

Wieder ins Auto, zur Brandstelle. Alles weit ringsum abgesperrt. "Auch für Abgeordnete?" - "Bedaure, jawohl!"

Also wieder in die Redaktion. Der Fernschreiber tickt. Die Telefone klingeln. Meldung auf Meldung, eine sonderbarer als die andere. Ein Holländer ist im Reichstagsgebäude festgenommen worden mit einer Brandfackel in der Hand und einem kommunistischen Mitgliedsbuch in der Tasche. Schliesslich die Krönung: Durch das Geständnis des Holländers sei festgestellt, dass die Brandstiftung das gemeinsame Werk der "sozialdemokratisch-kommunistischen Einheitsfront" sei.

Also wir, wir waren es, die gemeinsam mit dem Idioten aus Holland den Reichstag angezündet hatten!

Wer aber war es nun wirklich gewesen? Noch war mir die Vorstellung unmöglich, dass eine vom Reichspräsidenten ernannte, vor vier Wochen auf Gesetz und Verfassung vereidigte deutsche Regierung selber das Haus der Gesetzgebung in Brand gesteckt haben könnte, um ihre Gegner dafür hängen zu lassen. Meine Mutmassung war, dass eine wilde SA-Bande die "Schwatzbude" angezündet hätte und dass Hitler mit Absicht die Täter suchte, wo sie nicht waren.

Wir brachten noch im letzten Augenblick eine Notiz an die Spitze des Blattes, in der wir vieldeutig sagten, dass wir an der Feststellung der wirklichen Täter dringend interessiert seien. Mehr war angesichts der noch völlig ungeklärten Sachlage nicht möglich.

Kurz nach Mitternacht rollten schwere Lastwagen, mit Schutzpolizei besetzt, in die Höfe des "Vorwärts"-Gebäudes. Die Rotarionsmaschinen wurden gestoppt, die Ballen des schon gedruckten Teils der Auflage auf die Wagen verladen. Die Beamten taten nur ungern Dienst. Manche entschuldigten sich. "Ich bin", sagte einer, "seit fünfzehn Jahren Sozialdemokrat. Aber was sollen wir tun? Heute kann man ja nicht einmal seinem eigenen Bruder trauen".

Die Wagen rollten zum Tor hinaus. Das war das Ende. Doch bald gab es wieder einen neuen Anfang. Vier Monate später begann in Prag-Karlsbad als Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein "Neuer Vorwärts" zu erscheinen. Von dort schrien wir es in die Welt hinaus:

**DIE NAZIS HABEN DEN REICHSTAG ANGEZÜNDET! SIE WERDEN NOCH DIE GANZE WELT IN BRAND STECKEN!**

Aber die Welt wollte nicht hören. + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel